

gehälter.
wurde folgende
ig verabschiedete
des Reichstages
931. In diesem
n Beschluß, nicht
er Bezüge abzu-
November auf
verzichten. Im
Statt wird das
weiteren mit dem
abhängenden Vor-
hungen mit den
n ist als Beginn
Wirtschafts- und
sticht genommen
hlich auf Grund
iele in eine ein-
ig der landwirt-
Maßnahmen ein-
um Abschluß ge-

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und
6 3/4 Bielefelder, beim eigenen Postamt bestellt. — Kurs
Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeb.). Preis der
Einzelnummer 10 Bfg. Postfachamt Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kinderzange“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Bfg. Beilagen unter 25 g je laufend 15 Bfg.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 5 Uhr. Postfach-
amt Hannover 67 377.

Nr. 253.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 28. Oktober 1930.

12. Jahrgang.

Die Not ist nur für den Furchtsamen ein Gespenst, das
sein Handeln lähmt. Für den Lebenskämpfer aber wird
sie zum machtvollen Antrieb verborgener Kräfte.

Martin Morich.

Kurswechsel?

Von Dr. Fritz Meier.

Nach dem Ergebnis der Septemberwahlen erwartete
das deutsche Volk einen Kurswechsel in der äußeren und
inneren Politik, nach außen in der Richtung des aktiven
Kampfes gegen die Kriegsschuldfrage und den Versailler
Vertrag, nach innen in der Richtung einer Reform der So-
zial- und Beamtenpolitik. Das deutsche Volk sehnt sich
ebenfalls nach einer energiegelichen Zurückweisung der Ver-
sailler Schmach wie nach einer Beseitigung der Partei-
korrumpion, wie sie besonders in der Verteilung der Äm-
ter zum Ausdruck kommt. Unser Beamtentum geht re-
tungslos den Weg der politischen Korrumpion, sei sie be-
wußt oder unbewußt, so lange noch in der Praxis das
Parteiprinzip über das Leistungsprinzip triumphiert. Der
Staat ist nicht nur nach außen machtlos und geschändet,
sondern auch nach innen krank. Soll er nicht dauerndem
Stichtum verfallen, so muß etwas Durchgreifendes ge-
schehen, kleine Mittel helfen nicht mehr. Professor Schül-
ler in Klostoch sieht die Krankheit des Staates darin, daß
er seine Eigengesetzlichkeit verloren habe, seine Würde
und Autonomie, daß er zum Spielball selbsttätiger
Kräfte, zum Deckmantel und Bezahler aller privaten In-
teressen, zum Wohlfahrts- und Versorgungsstaat, zum Ob-
jekt parlamentarischer Interessengruppen und des Par-
teihandels geworden sei, daß die Parteien von ihm
und auf seine Kosten leben und durch ihn ihre Interessen
zu fördern suchen. Soll das deutsche Volk oder die Ver-
fassung leben, das ist die Kernfrage unserer Zeit. Ist
das System der Geltung der Majoritäten ein letzter,
absoluter Wert oder behält Bismarck recht, wenn er sagt,
ein Minister sei ein elender Feigling, wenn er nicht ge-
willt wäre, sein Land auch gegen den Willen von Ma-
joritäten zu retten.

Ganz gewiß ist der Staat auch Wohlfahrtsstaat. Wenn
es seinen Bürgern schlecht geht, so geht es ihm selbst
schlecht. Aber daß jeder einzelne dem Staat auf den Tas-
chen liegt, das hält auch der gesunde Staat nicht aus.
Er muß ohne Zweifel darüber wachen, daß der wirtschaft-
lich Schwache nicht vom Starken unter die Füße getreten
wird, aber er kann nicht Versorgungsanstalt für alle sein,
kann vor allen Dingen nicht dauernd große Summen
ohne Gegenleistung auswerfen. Er hat die Pflicht, das
Privatleben bis zu einem gewissen Grade zu kontrol-
lieren, aber weder die Aufgabe, noch die Fähigkeit, es in
sich aufzulösen. Er kann nicht tatlos zusehen, wie
Arbeitswillige, die arbeitslos sind, verkommen, aber er
ruiniert seine Finanzen, wenn er schematisch jeden Fall
von Arbeitslosigkeit wie den andern behandelt. Der
Staat kann nun einmal nicht das ganze Leben des Vol-
kes beherrschen. Wenn er einen gerechten Ausgleich
zwischen den Interessen der einzelnen Berufsstände
schafft, so hat er viel getan. Aber er ist nicht zur Befrie-
digung von Parteiinteressen da, ganz gleich, ob sie von
rechts oder von links kommen.

Mit dem Auftreten des Kabinetts Brüning hat sich
ein Kurswechsel angekündigt. Das Kabinett entstand
nicht auf dem üblichen Wege des parlamentarischen Ruh-
mandels, sondern durch das persönliche Vertrauen des
Reichspräsidenten. Es setzte mit Hilfe des § 48 der Ver-
fassung eine Reihe von Maßnahmen durch, die auf die Sa-
nierung des Finanzgrundes gerichtet sind. Ob die Opfer
sich nicht hätten gerechter verteilen lassen, ist eine umstrit-
tene Frage. Wenn man weiß, wie viel Geld ins Aus-
land abgeführt wird, dann müßte man, so scheint es mir,
doch auch Wege finden können, diese zurückzubekommen,
indem diejenigen, die solches tun, mit drakonischer
Strenge bestraft würden. Denn die wirtschaftliche Frei-
heit hat ihre Grenzen an den staatlichen Notwendigkeiten.
Darum scheint mir der Grund, daß die Gelder dann ins
Ausland fließen, nicht überzeugend, um leistungsfähige
Kräfte zu schonen. Aber abgesehen von dieser Frage läßt
sich nicht darüber streiten, daß alle Maßnahmen getrof-
fen werden müssen, um wieder geordnete Finanzen zu
haben. Gelingt es dem Kabinett Brüning, das Ziel zu er-
reichen, dann ist die Frage, ob es mit der Majorität des
Reichstages geschieht oder gegen sie, von untergeordneter
Bedeutung. Der gute Wille muß jedenfalls anerkannt
werden.

Nur eins scheint mir von entscheidendem Gewicht zu
sein. Ich halte es für unmöglich, daß unser Volk nur
durch innerpolitische Kursänderung wieder auf die Beine

kommen kann. Altmeister Ranke hat gesagt, daß die
Außenpolitik den Primat vor der Innenpolitik habe. Das
Schicksal unseres Volkes hängt nicht nur von den Zustän-
den im Innern des Staates ab, sondern sehr wesentlich
ja, entscheidend von unserer außenpolitischen Lage. Ob
durch Zerschlagung der großen Güter, die doch nicht brach-
liegen, mehr Menschen ernährt werden können, wird
sehr bestritten. Auch bei voller Ausnutzung des vorhan-
denen Bodens reicht der Raum kaum aus, für ein 60-
Millionenvolk befriedigende Lebensmöglichkeiten zu
schaffen. Aber zur vollen Ausnutzung sind wir nicht ein-
mal in der Lage, weil die Anlagekapitalien fehlen und
der landwirtschaftliche Betrieb nicht rentabel ist. Ent-
weder muß unser Volk verkümmern oder bessere Lebens-
möglichkeiten gewinnen. Ostpreußen ist trotz aller löb-
lichen Maßnahmen der Regierung kaum zu halten, so
lange Westpreußen polnisch bleibt. Diese Einsicht ist Ge-
meingut unseres Volkes. Zu der Raumnot kommen die
unerquicklichen, moralisch und politisch unhaltbaren
Tribute.

Wird die Regierung Brüning auch hier einen Kurs-
wechsel vornehmen? Mit Hilfe der Sozialdemokratie
scheint mir das unmöglich zu sein. Zwar kommen schon
Stimmen aus diesem Lager, die eine Revision des Young-
plans fordern. Das ist hoch erfreulich. Nur ist zu befürch-
ten, daß die Partei ihren traditionellen Dogmen wieder
erliegt, die sie an einer energiegelichen nationalen Politik
hindern. Der Reichskanzler selbst hat manches mutige
Wort gesprochen, das im deutschen Volke Widerhall fin-
det. Er hat der Enttäuschung unseres Volkes über den
Wilsonfrieden offen Ausdruck gegeben. Nur bleibt es
fraglich, ob er wirklich den bisherigen Kurs in der
Außenpolitik ändern will. Man liest, daß die Regierung
vorläufig weder ein Moratorium noch die Revision des
Versailler Vertrages fordern wolle. Wenn das zutrifft, —
dann bedeutet das soviel wie im alten Gleise fortwäh-
ren, erfüllen aus der Substanz und mit gepumpten Gel-
dern, bis schließlich alles zusammenbricht. Es mag sein,
daß das Volksbegehren zu früh kam, daß wir erst die
Rheinlandräumung erreichen mußten. Aber an sich war

die Auflehnung gegen die schrankenlose Erfüllungspolitik
richtig, nur der § 4 hätte fehlen müssen. Denn eine Po-
litik, die man für zu nachgiebig hält, ist noch kein Ver-
brechen.

Heute geht die Erkenntnis immer mehr unserm Volke
auf, daß es zugrunde geht, wenn nicht bald eine Uende-
rung der außenpolitischen Lage eintritt. Wir befinden
uns in der zwölften Stunde. Bleibt das Versailler Dik-
tat in Geltung, so ist die Katastrophe gewiß. Die drohen-
den Sturmzeichen sind schon da. Unsere außenpolitische
Lage ist aber nicht mehr so trostlos wie vor 12 Jahren,
wenn wir sie nur geschickt zu benutzen verstehen. Ohne
Kampf ist noch niemals ein Fortschritt erreicht worden.
Jetzt ist es wirklich die höchste Zeit, den Kampf gegen die
Kriegsschuldfrage auch diplomatisch aufzunehmen. Denn
das ist die einzige moralische Waffe, die für uns wirksam
sein kann. Wenn man aber sagt, diese dürfe man nicht an-
rühren, weil man damit den Gegner reize, dann gibt man
das Spiel verloren. Dann kommen wir immer wieder auf
den Standpunkt zurück, mit dem wir 12 Jahre vergeh-
lich an unserm „Wiederaufstieg“ gearbeitet haben. Er-
füllen bis zum Bettelsack. „Wirtschaftliche Gründe“ wer-
den den Gegner nur im günstigsten Fall bewegen, uns
eine kleine Atempause zu gewähren, aber dann kommt
bald wieder das alte Glend. Frei werden wir nur, wenn
wir auch den moralischen und politischen Kampf aufneh-
men, selbstverständlich mit nüchterner Besonnenheit. Die
Wirtschaft ist nicht das Schicksal, sondern die Politik, von
der die Wirtschaft erst ihr Geheiß erhält.

Wir sind keine Freunde der Diktatur, sofern darunter
Willkürherrschaft zu verstehen ist. Aber ob diese von ein-
zelnen Personen oder Parteigruppen ausgeht, ist sachlich
genau dasselbe. Der Parlamentarismus hat uns nicht vor-
wärts gebracht. Wir brauchen eine Regierung, die die
Würde und den Geist des Staates verkörpert, die dem Le-
bensrecht unseres Volkes Geltung zu verschaffen weiß.
Wenn sie dieses Ziel verfolgt, dann wird unser Volk sie
segnen, gleichgültig, ob sie mit oder ohne Parlements-
mehrheit regiert. Die Zeit wird lehren, ob das Kabinett
Brüning diese Regierung ist oder nicht.

Volksdienst und Löbe.

Von B. Bausch, M. d. R., Körtal-Stuttgart

In nachstehendem Aufsatz verteidigt der „Volksdienst“
Abgeordneter Bausch die Haltung des „Christlichen Volks-
dienstes“ bei der Reichstagspräsidentenwahl. Wir haben
den Aufsatz um einige Stellen gekürzt, die uns allzu
eindeutlich gefärbt erschienen. Auch die dem „Volks-
dienst“ nahestehenden Leser des „Aufwärts“ werden uns
ihre böse sein, wenn wir auch in diesem so außerordent-
lich heftig umstrittenen Falle unsere Objektivität nicht
verleugern und anschließend einem Leser das Wort er-
teilen, der — wie viele andere — durch die Erklärung
des „Volksdienst“-Abgeordneten noch nicht befriedigt ist.
Die Schriftleitung.

Im Auftrag der Gruppe des Christlich-sozialen Volks-
dienstes gab der Reichstagsabgeordnete Kippel vor der
Wahl des Präsidenten die Erklärung ab, daß der Christ-
lich-soziale Volksdienst durchaus der Auffassung sei, daß
das Ergebnis der Wahl vom 14. September bei der Zu-
sammensetzung und dem künftigen Kurs der Regierung
Beachtung finden müsse, soweit das irgend möglich sei.
Diese Forderung ist ja auch in unserem Blatt vom ersten
Tag nach der Wahl an mehr als einmal erhoben worden.
„Wir sind aber der Meinung“, so hieß es in der Erklärung
weiter, „daß die Zusammensetzung des Vorstands und auch
des Präsidiums des Reichstages durch die gegenwärtig
noch gültige Geschäftsordnung nach §§ 8 und 9 zu regeln
ist.“

Wir bedauern, daß diese Zusammensetzung des Prä-
sidiums, die nach vielfähriger Uebung nach der Stärke
der Fraktionen getätigt worden ist, zu einer parteipoliti-
schen Machfrage gestempelt werden soll.

Unsere rein sachliche Einstellung gebietet uns daher, in
dieser mehr geschäftsordnungsmäßigen denn politischen
Frage uns an den Wortlaut und Sinn der Geschäftsord-
nung zu halten.

Auch wenn die weltanschauliche und politische Einstel-
lung des zur Wahl vorgeschlagenen von uns abgelehnt
wird, folgen wir doch dem Befehl der Gerechtigkeit und
Billigkeit!

In Konsequenz dieser Erklärung gaben die Abgeor-
neten des Christlich-sozialen Volksdienstes in voller Ein-
mütigkeit und Geschlossenheit ihre Stimme ab bei der
Präsidentenwahl für Löbe, dessen Wahl übrigens von
vornherein feststand, bei der Wahl des Vizepräsidenten

für den Nationalsozialisten Stöhr, bei der Wahl des zwei-
ten Vizepräsidenten für den Zentrumsmann Esser und bei
der Wahl des dritten Vizepräsidenten für den Deutschna-
tionalen Gräf-Thüringen. Die Wahl eines Vertreters der
drittstärksten Partei, der Kommunisten, kam für uns
nicht in Betracht, da die Kommunisten die Geschäftsord-
nung des Reichstages überhaupt nicht anerkennen.

Die Erklärung des Christlich-sozialen Volksdienstes
zur Präsidentenwahl wurde mit fortgesetztem „Psst!“
Rufen der Rechten und mit lautem Geschrei der Natio-

Eine erfreuliche Richtigstellung.

Volksdienst stimmt gegen Braun.

Auf Grund einer Reihe von Meldungen aus Berlin
hatten wir in Nr. 249 mitgeteilt, daß der Volksdienst
gegen den Antrag auf Landtagsauflösung gestimmt habe.
Wie wir soeben im „Volksdienst“ lesen, haben die Land-
tagsabgeordneten des Volksdienstes aber nicht gegen,
sondern für den Auflösungsantrag gestimmt. Wir brin-
gen diese Richtigstellung mit einer ganz besonderen Ge-
mühtung, da uns nach der Abstimmung der volksdien-
stlichen Reichstagsabgeordneten für Löbe nun auch noch
eine Stimmabgabe der Landtagsabgeordneten des Volks-
dienstes für Braun unsäglich erschienen wäre.

nationalsozialisten beantwortet. Es mag deshalb zweckmäßig
sein, der oben abgedruckten Erklärung noch einige erläu-
ternde Bemerkungen hinzuzufügen.

Die Geschäftsordnung des Reichstages schreibt in §§ 8
und 9 in absolut eindeutiger Weise vor, daß die Befegung
der Präsidentenstellen entsprechend dem Stärkeverhält-
nis der Parteien zu erfolgen habe. Dies entspricht übri-
gens auch einem in den meisten deutschen Ländern herr-
schenden parlamentarischen Brauch, von dem allerdings
die Parteien der Rechten und Linken mitunter dann ab-
zuweichen pflegen, wenn sich dieser zu Ungunsten ihrer
Partei oder zu Gunsten des politischen Gegners aus-

wirkte. Wir vom Christl.-soz. Volksdienst sehen in Geschäftsordnungsbestimmungen nichts Unabänderliches. Solange sie aber bestehen, müssen sie beachtet werden. Will man andere Grundsätze gelten lassen, dann muß man die Geschäftsordnung ordnungsmäßig ändern. Nachdem aber eine solche Änderung der Geschäftsordnung nicht in Aussicht genommen war, mußte die Wahl des Präsidenten unter Beachtung der in der Geschäftsordnung festgesetzten Richtlinien vorgenommen werden. Wir vom Christlich-sozialen Volksdienst können niemals eine Politik gut heißen, welche uns zwingt, gegen die Gebote des Rechts und der Billigkeit zu verstößen. Diese Gebote gelten für uns auch dem politischen Gegner gegenüber. Ob dieser selbst diese Gebote anerkennt, oder ob er gegen sie verstößt und verstößt, ist für uns absolut nebensächlich. Ob der politische Gegner uns unser anständiges Verhalten dankt oder nicht, ist uns noch gleichgültiger. Fest steht, daß die Sozialdemokratie nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung einen Rechtsanspruch auf den ersten Präsidentenposten hatte. Fest steht deshalb, daß der Christlich-soziale Volksdienst, solange diese Bestimmungen gelten, nicht die Hand dazu bieten darf, die Sozialdemokraten auf „illegalem“ Wege um ihr Recht betrügen.

Aber abgesehen vom Rechtsstandpunkt sprachen doch auch ganz gewichtige andere Gründe für die Wahl Löbes. Man soll politische Gebräuche, die sich eingebürgert und bewährt haben, nicht ohne zwingende Not abschaffen, insbesondere dann nicht, wenn man nichts Besseres an ihre Stelle zu setzen weiß.

Die rechtswidrige Verdrängung der Sozialdemokraten vom Präsidentenposten hätte zweifellos zur parlamentarischen Obstruktion der Sozialdemokraten geführt. Wenn aber nun zu den Trillerpfeifen der Nationalsozialisten und dem Geschrei der Rotfrontleute auch noch die Obstruktion der Sozialdemokraten gekommen wäre, hätte man jede Hoffnung aufgeben müssen, auch nur die geringste Arbeit im Reichstag ausrichten zu können. Katastrophenpolitik oder Leute ohne politisches Fingerspitzengefühl mögen solche Entwicklung für wünschenswert halten. Wir vom Christlich-sozialen Volksdienst sehen im Parlament, trotz aller schweren Bedenken, welche wir gegen den heutigen Parlamentsbetrieb haben, immer noch ein Stück staatlicher Ordnung, welche man nicht ohne Not zerlegen soll. Sollen nun wir vom Christlich-sozialen Volksdienst die Hände dazu bieten, daß die letzten Stützpunkte staatlicher Ordnung mutwillig zerstört werden? Wie sieht sich ein solches Verhalten vereinbaren mit den Forderungen einer wahrhaft christlichen konservativen Politik? Und wie heilsam ist es nun für den Sozialdemokraten Löbe, seine Parteigenossen auf der Linken mit straffer Zucht bändigen zu müssen! Wie wird das erzieherisch auch auf die Sozialdemokratie wirken! Glaubt man denn wirklich, daß ein auf illegale Weise ins Amt gekommener volksparteil. Präsident auch nur einigermaßen hätte die radikalen Hausen der Linken in Ordnung halten können? Und wie gut wird es für die Nationalsozialisten sein, wenn nun ihr Abgeordneter Stöcker die Präsidentenklappe schwingen muß und seine ungebändigten Parteigenossen zur Ordnung rufen muß!

Luther hat sich aufs schärfste gegen die Schwarmgeister seiner Zeit gewandt, welche glaubten, die Spannungen zwischen geistlichem und weltlichem Regiment außer acht lassen zu können. Diejenige Obrigkeit sei die beste, welche am besten dem Bösen zu wehren und Ordnung zu schaffen versteht. Luther ging sogar soweit, zu sagen, daß ihm eine unchristliche Regierung, die aber straffe Ordnung halte, lieber sei als eine sich christlich nennende, welche

aber ihre Amtspflichten vernachlässige und ein schwächliches Regiment führe.

Ueber die sachliche Eignung des Präsidenten Löbe für sein Amt gibt es eigentlich nur eine Meinung. Bis weit in die Kreise der Rechtsparteien hinein ist man der Meinung, daß Löbe der geeignetste Mann für das Präsidentenamt ist.

So glauben wir, daß unter Berücksichtigung der bestehenden Rechtslage auf keine andere Weise wenigstens ein gewisses Maß von äußerer Ordnung im deutschen Reichstag gesichert werden konnte, als durch die vom Christlich-sozialen Volksdienst geforderte Präsidentenwahl. Wir glauben, daß deshalb unser Verhalten in dieser Frage auch den Maßstäben der — Gott sei's gedankt — so unsäglich nüchternen lutherischen Staatsethik gerecht geworden ist.

Gewiß hat sich Löbe von der Kirche losgesagt. Das bedauern und verurteilen wir. Aber wie wäre es, wenn die evangel. Christen nun einmal angingen, die bürgerlichen Parteien und bürgerliche Präsidentschaftskandidaten nicht nur mit dem Tauschein und dem Kirchensteuerzettel, sondern vor allem mit den biblischen Maßstäben zu messen? Was würde dann von deren Praxis übrig bleiben? Will man nur den Atheismus des Wortes sehen? Ueberlebt man den Atheismus der Tat, der sich heute überall, auch im bürgerlichen Lager breit macht? Und wie wäre es, wenn man einmal bedachte, warum so mancher Arbeitervertreter zum Dissidenten geworden ist? Trägt daran nicht auch ein gut Teil Mithild der bürgerlichen Gesellschaft und diejenigen bürgerlichen Parteien, die heute nicht müde werden, den Sozialdemokraten ihre Gottlosigkeit vorzuhalten? Trägt nicht unsere Kirche auch ein Stück Schuld mit daran?

Mit all dem soll in gar keiner Weise der scharfe Gegensatz des Christlich-sozialen Volksdienstes gegenüber der Sozialdemokratischen Partei verunsichert werden. „Der Tag“ vom 16. Oktober dieses Jahres schreibt zu der Präsidentenwahl: „Adolf Stöcker drehte sich im Grabe um, wenn er hörte, was seine geistigen Erben jetzt getan haben. Stöcker kannte gegen die rote Macht aus der Tiefe nur Kampf, schonungslosen Kampf. Er lehnte in dem ersten Programm der Christlich-sozialen Arbeiterpartei die Sozialdemokratie als „unchristlich, unpraktisch und unpatriotisch“ ab.“ Wir vom Christlich-sozialen Volksdienst stehen Adolf Stöcker in dieser ablehnenden Haltung gegenüber der Sozialdemokratie in nichts nach. Der Unterschied zwischen Stöcker und uns liegt vor allem darin, daß wir vom Christlich-sozialen Volksdienst nicht nur die schweren Gegensätze zwischen uns und der Sozialdemokratie, sondern fast ebenso scharf die Gegensätze gegenüber dem heutigen Bürgertum und seinen politischen Vertretungen empfinden. Dieses Bürgertum und diese bürgerlichen Parteien sind es ja, welche die Sozialdemokratie hochgezogen haben. Sie verhalten sich auch heute noch vielfach so, daß man den Eindruck bekommen könnte, sie wollten alles daran setzen, vollends den Rest der christlich gesinnten Arbeiterkraft in das rote Lager abzutreiben. Stöcker hat diese Gegensätze sicher auch empfunden. Die damalige Lage erlaubte es ihm nicht, so frei aufzutreten, wie er das sicher gewünscht hätte. (Das möchten wir stark bezweifeln. Stöcker war der letzte, der sich in seinem überwandenen, mannhaften Auftreten von irgendwelchen jüdischen Mächten hätte beirren lassen! — Die Redaktion.)

Uns vom Christlich-sozialen Volksdienst war diese Präsidentenwahl eine gern benützte Gelegenheit, unsere Freiheit und Unabhängigkeit nach allen Seiten hin zu dokumentieren.

Der Christlich-soziale Volksdienst und die Wahl des Reichstagspräsidenten.

Die gewundene Erklärung des Chr.-soz. Volksdienstes aus Anlaß der Wahl des Reichstagspräsidenten zeigt deutlich, daß es den Abgeordneten des Chr.-soz. Volksdienstes nicht so recht wohl war bei der Sache. Ihre Worte waren weniger an den Reichstag als vielmehr an ihre Wähler gerichtet. Sie wollten sich vor diesen rechtfertigen.

Die Behauptung, der Chr.-soz. Volksdienst habe sich bei der Abgabe seiner Stimme für den Sozialdemokraten Löbe nur von der Rücksicht auf die Geschäftsordnung des Reichstages leiten lassen, trifft nicht zu. Der wahre Grund seiner höchst abwegigen Handlungsweise ist vielmehr einerseits in seinem Gegensatz zu den Deutschnationalen (Hugenberg), andererseits in der Rücksichtnahme auf die christlichen Gewerkschaften (Lambach) zu suchen. Dann allerdings auch noch in der ganzen Einstellung des Chr.-soz. Volksdienstes, die mehr nach links geht, wie sich immer wieder zeigt.

Die Geschäftsordnung des Reichstages dürfte beim Chr.-soz. Volksdienst insofern keine Rolle spielen, als er ja seinerzeit die Parole ausgab, daß für ihn nur der Wille Gottes maßgebend sei, daß es also Bindungen irgendwelcher Art für ihn nicht gebe. Nun können wir aber nicht glauben, daß es Gottes Wille war, daß Christen einen Mann zum Reichstagspräsidenten wählten, der ein ausgesprochener Freidenker ist und einer Partei angehört, die die Religion für Opium erklärt und aus ihrem Haß gegen das Christentum gar kein Geheimnis macht.

Die Wahl Löbes zum Reichstagspräsidenten ist keineswegs so unwichtig, wie der Chr.-soz. Volksdienst dies hinstellen sucht. Denn der Mann kann im Dienst seiner Partei und seiner Weltanschauung einen großen Einfluß ausüben. Und er tut dies tatsächlich. Und so sachlich er im Reichstag auch sein mag, so scharf und zielbewußt trat er bisher außerhalb des Parlaments — auch im Ausland — für seine Ansichten ein. Und nicht immer zum Heile Deutschlands! Man denke an seine Korridor-Rede in Polen!

Nun ist klar, daß es nicht dasselbe ist, ob bloß der „Sozialdemokrat“ Löbe spricht oder der „Reichstagspräsident“ Löbe. Die Worte des letzteren haben mehr Gewicht! Es handelt sich also bei der Wahl Löbes zum Reichstagspräsidenten nicht um eine „mehr geschäftsmäßige“ Sache, wie die Abgeordneten des Volksdienstes behaupteten, sondern um eine Sache von höchster Tragweite. Und daß Löbe auch in Zukunft seinen Einfluß behält, dazu hat leider auch der Chr.-soz. Volksdienst beigetragen. Er hat seine Stimme zusammen mit den Juden, Jesuiten und Marxisten einem Gottesläugner gegeben! Diese Tat ist durch nichts zu rechtfertigen und durch keine Erklärung, auch wenn sie sich auf „Gerechtigkeit und Billigkeit“ beruft, abzuschwächen. Christen durften so etwas nicht tun! Sie mußten sich zumindest der Stimme enthalten!

Uebrigens ging die Geschäftsordnung des Reichstages den Volksdienst auch noch aus einem anderen Grund nichts an! Diese Geschäftsordnung bestand schon ehe der Chr.-soz. Volksdienst gegründet wurde. Dieser brauchte sich also in keiner Weise daran gebunden zu fühlen, denn er wollte ja neue Wege einschlagen und betonte immer wieder seine Unabhängigkeit. „Frei nach allen Seiten!“ hieß doch seine Parole. Warum also jetzt diese Abhängigkeit von einer Geschäftsordnung, die vor Jahren einmal aufgestellt wurde, heute aber jeder Rechtsgrundlage entbehrt? Denn der Christl. Volksdienst sagt doch selber in seiner Reichstagsklärung, daß das Ergebnis der Wahl vom 14. September eine Verschiebung der Machtverhältnisse nach rechts bedeute und daß diese Tatsache bei der

Bücher und Zeitschriften.

- Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.
- Friedrich Seimüller: „Die kommenden Dinge.“ Kart. 2.50 RM. Christliche Gemeinschaftsbuchhandlung Hamburg 3.
- Inhalt: Die Weissagung verachtet nicht! — Wo stehen wir in der weltgeschichtlichen Entwicklung? — Der kommende Weltkrieger. Die kommende Christenverfolgung. — Hermagedon oder der kommende Weltkrieg. — Die Auferstehung der Toten. Das Weltgericht usw.
- H. Baurle: „Gustav Werner.“ Ein Mann der Tat. Mit einem zweiten Teil „Worte von Gustav Werner.“ Quäker-Verlag Berlin-Lübars. Preis 90 Pf.
- Ring, Karl: „Wasser in Rheind: Kelegenot und Friedensarbeit im heiligen Lande.“ 51 Seiten. Verlag des Kirch. Buchhandels „Sonntagsblatt für die ev. Gemeinden des Rheinlandes“ Gladbach. Ausgabe: ev. Gemeindeamt Rhndt. Preis 1.— RM.
- Der Widerstand. Kleine Bilder von großen Dingen. Von Anna Katterfeld. 64 Seiten. Mit 4 Vollbildern und hundert kleineren, weißerfarbiger Umschlagzeichnung. Steif broschiert 1.50 Fr., 1.20 RM. Verlag Heinrich Majer, Basel.
- Calin, Hans: „Lehrbuch der Sprachtechnik.“ Preis 2.— RM. Verlag M. Seemann, Dessau.
- „Kommende Inflation und Arbeitslosigkeit.“ Von einem deutschen Kaufmann. Verlag Innenbrink, Enger (Westf.). Preis 20 Pf., 6 Stk. 1.— RM., 20 Stk. 3.— RM., 50 Stk. 7.— RM., 75 Stk. 10.— RM., 100 Stk. 20.— RM., 1000 Stk. 120 RM.
- Hier hat ein Mann der Praxis vor einem Jahre in ganz volkswirtschaftlicher Weise die Wirtschaftsprobleme in einem Sinne besprochen, den sich die Wirklichkeit immer mehr zu nähern scheint. Er weiß nach, daß eine kleine Lohnreduzierung sehr bald den Arbeitsmarkt belebt. Auch kein Arbeiter wird das Geschehen lesen und sich ärgern. Er wird seinen eine so spannende Darstellung wirtschaftspolitischer Tagesfragen zu Gesicht bekommen.
- Praktische Anwendung der Selbst- und Fremdmassage. Von Dr. med. Rohrbach. Preis 2.— RM. Bruno Wilkens Verlag in Hannover.
- In Rezeptform enthält dieses praktische Büchlein Uebungsfolgen, die zur Heilung und Gefunderhaltung der Atmungswege (Kisthma), Bauchorgane (Magens- und Darmleiden), Gelenke und Muskeln (Rheuma), des Blutgefäßsystems (Herzleiden), Ner-

- venstems (Nervosität, Zshias), Stoffwechsels (Blutarmut, Fettstich) u. a. dienen sollen.
- Die Nervenschwäche, ihre Behandlung und Heilung. Von Dr. med. Kallendach, Nervenarzt. Preis 2.— RM. Bruno Wilkens Verlag in Hannover.
- Hier gibt ein Facharzt beherrschenswerte Ratschläge, die in einer langen Praxis erfolgreich erprobt sind und die zur Wiederherstellung führen sollen. Das Buch ist recht verständlich gehalten und kommt in der jetzigen aufregenden Zeit, die an die Nerven die größten Anforderungen stellt, sehr gelegen.
- Professor D. Th. Christlieb: „Ein kurzes Lebensbild dieses treuen Zeugen evangelischer Wahrheit.“ Verlag Alb. Falkenroth, Bonn. Preis 60 Pf.
- Johannes Lohmann: „Der 11. Februar 1929 im Lichte des prophetischen Wortes.“ 24 S. Verlag „Graf“, G. m. b. H., Bad Blankenburg.
- Diese Beurteilung der Unterzeichnung des Lateranvertrages (Papst und Mussolini) hat viel Interesse gefunden. Das 13.—18. Tausend mußte gedruckt werden.
- Folgende Bücher, die wohl durchweg empfehlenswert sind, aber wegen Raumangel hier nicht ausführlicher besprochen werden können, zeigen wir an:
- „Die Jugend-Bibelkunde.“ Heft 1: Heilig ist die Jugendzeit. Von Lic. W. Bormann. 1.50 RM. Verlag Fred Richter, Rannhof b. Leipzig.
- Im gleichen Verlag:
- „Im Tannenduft und Lichterglanz.“ Weihnachtsvortragsgedichte Preis 1.— RM.
- „Von der Freundschaft.“ Von Pfarrer Hans Eder. Neunter Band der Bücherfolge „Christliche Bekehrung“. In kräftigem Umschlag 1.50 RM., in Ganzleinen 2.— RM. Verlag Paul Müller, München.
- „Auf Fahrt.“ Wanderliederbuch. Gute Auswahl. Sehr handlich. Preis 1.20 RM. Verlag Ostdeutscher Jünglingsbund, Berlin N. 54, Sophienstr. 19.
- „Des Königs Eigentum.“ Lebensbild eines Frühvollendeten. Preis 50 Pf. Jugendbuchverlag Wollersdorf b. Erkner (Mark), dort auch:
- „Rathenaal.“ Ein Vortragsstück mit Verwendung von Gesangs- und Sprechchören. Von Max Runge. Preis 1.— RM., 5 Stk. 4.50 RM.
- Mündelsicherheit der Hypothekenspfandbriefe? Darüber klärt das neue Heft III des „Jahrbuchs der Bodenreform“ in einem bedeutungsvollen Artikel von Prof. von Kell-Breuning, S. 3. Für und gegen die Mündel-

- sicherheit der Hypothekenspfandbriefe“ sehr gut auf. Von Kell kommt zu dem Ergebnis, die Mündelsicherheitsabnahme zu müssen aus nationalen Erwägungen und als im Interesse der Mündel selber gelegen. Vor allem verlangt die Interessensolidarität der Kleinsparer und Mittelstandskräfte, aus denen doch vorwiegend die Mündelgelder kommen, diese Gelder so zu leihen, daß sie nicht durch die Anlagepolitik der privaten Hypothekenbanken, die eine großkapitalistische Tendenz zeigt, in den internationalen Kapitalstrom mit verschluckt werden. — Daselbe Jahrbuch enthält weitere wichtige Beiträge für jeden interessierten Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitiker. Es bringt einen Artikel von Univ.-Prof. Rietschel „Die Wohnheimstätte in gesundheitlicher Bedeutung“ und den „Entwurf eines Gesetzes über eine staatliche Grundwert- und Zuwachsteuer“ in Danzig mit der Begründung von Reg. und Senat Richard — Fragen, die bei der bevorstehenden Finanz- und Steuerreform weiteste Beachtung verdienen.
- „Singt ein Pfad“, v. Gustav Schiller. Verlag C. Bertelsmann, Gütersloh. Prof. 3.— Mk., geb. 4.50 Mk.
- Schiller zeigt einmal wieder, daß auch im Zeitalter der Technik die Lyrik nicht ausgestorben ist, und zwar haben wir es in diesem Buch nicht mit Liebestrik zu tun, sondern mit Liedern, die die Schöpfung Gottes durch die Jahreszeiten hindurch mit neuen Augen zu sehen helfen. Nur ein Beispiel für die gegenwärtige Jahreszeit passend:
- Herbst als Führer.
Nun die Sommergaden weichen,
steht sich Herbst als Führer ein;
unterweist im Wunderlichen,
heißt dich ruhig wartend sein.
Will dich nicht auf Gräber weisen,
ist nur ernst und tief gestimmt —
lehrt dich, still von himmel reifen,
ohne daß man Abschied nimmt. W-m.
- P. Wilhelm Jagenstein, Düsseldorf: „Das Evangelium in Oesterreich.“ Bilder aus der Vergangenheit und Gegenwart. Selbstverleitet aus den Anfängen der evang. Bewegung in Steiermark. 155 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. 2.50 RM. Verlag der Buchhandlung der Diakonissen-Anstalt Kaiserwerth a. Rh.
- Es ist eine Freude, diesen Gang durch die Arbeit evangelischen Dienstes in Oesterreich zu machen, diese prachtvollen Menschen kennenzulernen, denen es Herzengut war, dem Evangelium in Herz und Haus und Gemeinde Bahn zu machen, ganz gleich, ob sie sich, wie Peter Kofegger und andere, noch zur katholischen Kirche hielten, oder wie die Gu. und Kraft einsetzten, um die Menschen von bedrückenden Lasten und Armut frei zu machen.

Zusammenge-
werden müße
jehung der
wichtigen Pa
Bahlausfall
Bon „Rech
des Sozialde
Gegenteil, es
zu zwei Dritt
den Vorst für
das nicht, daß
es war Pflicht
daß hier eine
Dieser Au
Auch viele
Trauerstätte
Düffere
noch vor we
„Glad auf!“
Zobes alles
den Kirchh
Hildorf, so
gebiert, als
meinen Trau
jaghaft flatte
Außer a
wertvereins
hörden, u. a.
den preussis
denen der
Dr. Horion, d
Dr. Adenauer
die Geistliche
Eröffne
dom Fischwe
die Toten in
Am tiefs
wir an der
und Arbeit
katastroph
aus ihrer Be
geriffen sind
und uns trost
schritte der
Die Gra
höst, daß wi
gegenüberste
lien des Bur
erwähnt die
Wagner Tod
nahme und
ten, künden
Mir ist
weiser Bergw
gen der pflich
mit allen Krä
hellenden feci
betrachten es
tren zur Seite
Anfer be
ten, die mit
radikalistisc
und unter ei
brachten.
Das Be
burg, der Re
regierung in
wald und A
Trauer des
Arbeit ange
gaben. Für
nahm ein Be
seinen toten
Schredenshoff
weite
Wenige
Toten von
ternde Nachr
Welt. Wenn
strophe im
Unglück nicht
einanderfolge
ganzen deut
Auf dem
15 Kilometer
Sonnenabn
Schlag
auf der vier
flügel der
sion durch
nicht überge
Tätigkeit tra
Vergleiche ein
tion der groß
der Steigera
gangenen St
taufste abge
terfährung n
arbeiten so
Wia
und 21

W—m.
: „Das Evan-
gangelium und
gen der evang.
zahlreichen Ab-
handlung der
e Arbeit evan-
se prachtvollen
ache war, dem
ahn zu machen,
d andere, noch
und Kraft ein-
und Irrthümer

Der deutsche Dampfer „Saden“, der hier mit Passagieren und Post an Bord auf der Fahrt von Hamburg nach Argentinien befindet, ist während seiner Anwesenheit in der brasilianischen Hauptstadt Rio de Janeiro von den Geschützen eines von den Russen besetzten Festens Forts unter Feuer genommen und erheblich beschädigt worden. Der Dampfer, der gerade im Begriff war, den Hafen zu verlassen, unterbrach sofort die Weiterfahrt und kehrte nach Rio zurück. Durch das sinnlose Artilleriefeuer sind 20 Personen getötet und 35 verletzt worden.

— Saarbrücken, 26. Oktober. Wie man um 21,45 Uhr von der Bergwerksinspektion 9 erfährt, beträgt die Zahl der Toten einschließlich der verstorbenen Verletzten nunmehr 88, die der Verletzten 21, von denen 5 in Lebensgefahr schweben. Unter Tage befinden sich noch 4 Tote, die aber vorläufig noch nicht geborgen werden können. Die außerordentliche Hitze und die schlechte Wetterführung verhindern vorläufig jegliche Vergungsarbeit.

Die „Baden“ ist ein Schiff von 8800 Tonnen und befördert außer Post und Fracht einige hundert Passagiere in einem Wohn- und Kabinen dritter Klasse. Beim Reisebüro der Kapag in Berlin sind mehrere Passagiere für die letzte Fahrt gebucht worden.

Sofort nach diesem unerhörten Zwischenfall begab sich der brasilianische Marineminister zu dem deutschen Gesandten, um ihm das Bedauern der Regierung auszusprechen. Gleichzeitig jagte der Minister eine Untersuchung des traurigen Falles zu. Die Aufständischen sollen nach der Erklärung des Ministers einen „Warnungsschuss“ haben abgeben wollen, weil der Dampfer, ohne die Flagge zu zeigen — nach anderer Darstellung ohne Ausweispapiere — den Hafen verlassen wollte.

In deutschen Kreisen hat das unerhörte Vorgehen der brasilianischen Aufständischen Erbitterung ausgelöst. Es ist selbstverständlich, daß Deutschland für diese Tat der Aufständischen volle Genugtuung gewährt werden muß! Denn daß der Kapitän eines Kapagdampfers den Brasilianern irgendeinen sichhaltigen Grund für eine derartige Maßnahme, wie sie das Bombardement darstellt, gegeben haben sollte, ist selbstverständlich ausgeschlossen. Selbst wenn die „Baden“ ohne Erlaubnis den Hafen hätte verlassen wollen, wäre das angesichts der Wirren in Rio de Janeiro nur das gute Recht des Kapitäns gewesen, dessen Aufgabe es schließlich war, die Passagiere keiner Gefahr aussetzen.

Für das internationale Ansehen der neuen Macht haben bedeutet die Beschickung des deutschen Dampfers einen schweren Schlag.

27 Todesopfer an Bord der „Baden“.

Hamburg, 27. Oktober. Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, sind bei der Beschickung der „Baden“ in Rio de Janeiro 27 Tote, 25 Schwere- und circa 30—33 Leichtverletzte zu beklagen. Unter den Toten befindet sich ein Reichsdeutscher, der Heizer Willi Müller. Die übrigen sind spanischer Nationalität. Unter den Schwerverletzten, die gleichfalls überwiegend Spanier sind, wurden sechs Reichsdeutsche festgestellt, nämlich drei Passagiere und drei Mitglieder der Besatzung. Unter den Leichtverletzten befinden sich ebenfalls 5 bis 8 Reichsdeutsche. Die brasilianische Regierung hat sich bereit erklärt, die Verletzten auf ihre Kosten beerdigen zu lassen. Die „Baden“ ist durch die Beschickung am Heck schwer beschädigt. So ist der hintere Mast weggeschossen worden. — Die Hamburg-Amerika-Linie ist noch ohne direkte Nachrichten von der „Baden“, da anscheinend Privattelegramme von der Zensur nicht durchgelassen werden.

Hitler an Hervé.

Eine neue Erklärung des Stahlhelms. — Eugen Berg in Pommern.

Adolf Hitler, der Führer der Nationalsozialisten, begrüßt unter Hinweis auf die Revisionsartikel Hervés, daß nunmehr auch ein im politischen Leben lebender Franzose das große Recht der unangefochtenen Behandlung Deutschlands durch Frankreich einzieht und eine Änderung dieses unwürdigen Zustandes als notwendig erachtet. So ernste Beachtung Hervés Artikel verdient, Bedeutung komme diesen Versuchen zur Besserung der deutsch-französischen Beziehungen erst dann zu, wenn auch die französische Regierung klipp und klar Stellung nehme. Ein deutsch-französisches Militärbündnis sei übrigens, wenn es zu einem ehrlichen Ausgleich zwischen beiden Mächten komme, überflüssig.

Das Bundesamt des Stahlhelms betont in einer Erklärung, der Stahlhelm verfolge mit Interesse, wie die Überzeugung von der Notwendigkeit, das Recht an Deutschland wieder gut zu machen, an Boden gewinnt und erhoffe weitere Fortschritte.

Geheimrat Eugen Berg, der Führer der Deutschnationalen, wohnt in Stettin einem Parteitag bei und hielt dort seine erste Rede nach den Wahlen. Der Wille zur vollen Freiheit Deutschlands werde stärker und stärker. Was die Diskussion des Auslandes über die Revision des Youngplans angeht, sei die Frage, ob hier ein ehrliches Angebot vorliege oder nicht vielmehr nur ein dritter Tributplan im Entstehen begriffen sei.

Hervé vermisst eine klare Antwort.

Paris, 27. Oktober. In der „Victoire“ nimmt Hervé zu der Antwort, die Hitler auf seine Vorschläge auf Annäherung der Rechtsparteien in Deutschland und Frankreich erteilt hat, Stellung. Er erklärt, die Ausführungen Hitlers stellten keine Antwort auf seinen ernst zu nehmenden Vorschlag dar und er werde eine

klare Stellungnahme abwarten, um zu wissen, wie er in Frankreich sein Eintreten zugunsten einer deutsch-französischen Annäherung künftig orientieren müsse.

Wahlen auch im Elsaß.

Es wäre nicht notwendig, einer weiteren Öffentlichkeit von dem am 19. Oktober in Straßburg und Kolmar stattgehabten Gemeinderatswahlen Mitteilung zu machen, wenn nicht die französischen Parteien diese an sich nicht sehr bedeutende Wahl zum Barometer der Zu- oder Abnahme des Autonomismus im Elsaß gemacht hätten. In Straßburg waren vier Plätze neu zu besetzen. Drei davon fielen an Autonomisten, unter ihnen Paul Scholl, der schon in den letzten Gemeinderat gewählt wurde, dessen Wahl aber durch den Staatsrat ungültig erklärt worden war. Der vierte Sitz fiel an einen Demokraten, d. h. in diesem Falle an einen französischen Chauvinisten.

In Kolmar wurde der Kampf sehr energisch geführt. Galt es doch Kasse, dessen Wahl auch ungültig erklärt worden war, entscheidend zu schlagen. Diesmal gelang der Schlag. Alle Antiautonomisten-Parteien einigten sich und konnten — zwar nur mit ganz schwacher Mehrheit — Kasse verdrängen. Ist nun von französischem Siege zu reden? Jedenfalls nicht so, als ob diese Neubestellungen im Gemeinderat der Regierung die Mittel in die Hand geben, die alten Gemeinderäte, die in Kolmar und Straßburg autonomistisch sind, aufzulösen. Außerdem ändert auch der Sieg der Franzosen in Kolmar nichts an der heimatsrechtlerischen Mehrheit des Gemeinderats. Die Wahl selbst hat dadurch Bedeutung, daß sie zeigt, wie scharf jeder Kampf sogleich im Elsaß geführt wird; wie eigentlich — außer den Kommunisten — heute nur noch zwei Haltungen in Betracht kommen: entweder elsässisch — oder französisch. Dahinter verschwinden mehr und mehr alle Parteigebilde, selbst die auf weltanschaulicher Grundlage errichtet sind. Zum anderen: zwei fast gleich starke Lager stehen sich gegenüber. Unbedingte Mehrheit kommt heute noch keiner Seite zu, weder den Autonomisten noch den Nationalisten. Es bleibt abzuwarten, wann sich diese Verhältnisse stärker verändern und zu weissen Gunsten.

Ein Gespräch zwischen der Jugend von Deutschland und Nordamerika.

Auf einstimmigen Beschluß der außerordentlichen Tagung des Reichsvorstandes der evangelischen Jungmännerbünde Deutschlands hat Reichsjugendwart D. Stange eine Einladung des großen amerikanischen Jugendwerkes der J. M. C. A., das mit dem deutschen evangelischen Jungmännerwerk in einem gemeinsamen Weltbund seit 80 Jahren verbunden ist, angenommen und ist Anfang Oktober zu entscheidenden Sitzungen der Reichsvertretung des amerikanischen Bruderwerkes nach Chicago abgereist. Er wird gleichzeitig Gelegenheit nehmen, mit den Führern der ökumenischen Arbeit im Dekamentischen Rat für Praktisches Christentum wie auch innerhalb des Weltluthertums in Tätigkeit zu treten. — Es handelt sich bei der Aussprache mit dem amerikanischen Jungmännerwerk nicht nur um die Vorbereitung für die im nächsten Jahre erstmalig auf amerikanischem Boden tagende 20. Weltkonferenz des Christlichen Jungmännerwerkes, an deren Leitung D. Stange weitgehend beteiligt ist, sondern vor allem auch um die Fortsetzung des Gesprächs über die tiefsten Fragen der gemeinsamen Völkerschaft, das zwischen Amerika und Deutschland gerade im Kreise dieser Jugendverbände seit Jahren im Gange ist und sich gegenwärtig besonders zugespitzt hat. Uebrigens dürfte es das erste Mal sein, daß in der Nachkriegszeit einer der Führer der großen Verbände deutscher Jugend in persönliche Fühlung mit der amerikanischen Jugendarbeit tritt, ein Vorgang, der hier umso bedeutender ist, als das deutsche evangelische Jungmännerwerk mit mehr als 200 000 Mitgliedern und mehr als 7000 Gruppen und Vereinen nicht nur in Deutschland zu den größten Jugendverbänden gehört, sondern auch im Weltbund der Christlichen Jungmännervereine neben dem genannten amerikanischen Werk zahlenmäßig an der Spitze steht. Auch aus diesem Grunde ist zu erwarten, daß die eingeleitete Auseinandersetzung weitgehende Auswirkungen über den Bereich der unmittelbaren Frage kommenden Jugendverbände hinaus haben wird.

* Frankreichs Kriegsminister, Maginot, stiftete der spanischen Hauptstadt einen Besuch ab und brachte davon einen neuen Orden nach Paris zurück.

Bis zum letzten Verbraucher.

Der Reichswirtschaftsminister für Preisfestsetzung.

In einem Schreiben an die Länderregierungen weist der Reichswirtschaftsminister darauf hin, daß eine Reihe von Syndikaten der Kohlenwirtschaft eine Senkung ihrer Preise beschließen hat. Er bittet ferner, mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die Ermäßigung der Produktionspreise sowohl beim industriellen, wie beim Hausbrandverbraucher restlos zur Auswirkung kommen. Deshalb sei es unbedingt notwendig, durch die zuständigen Landesbehörden schon jetzt die örtlichen Kohlenhandelsorganisationen zu entsprechenden Preisherabsetzungen zu veranlassen. Dabei werden zugleich die im Handel bisher üblichen Spannen daraufhin geprüft werden müssen, ob sie bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage noch gerechtfertigt sind, die eine allgemeine Preisfestsetzung unerläßlich erscheinen läßt.

Weiterhin hält es der Minister für dringend erforderlich, daß die Herabsetzung der Kohlenpreise auch in der Tarifpolitik der Kommunalbetriebe (Gas, Wasser, Kraft- und Lichtstrom usw.) in geeigneter Weise zum Ausdruck gelangt, damit auch hier die Preisfestsetzung bis zum letzten Verbraucher durchgeht.

Maßnahmen gegen Ugrarnot.

Zustimmung der Reichsregierung zu den Vorschlägen Schiefes.

— Berlin, 27. Oktober.

Das Reichskabinett brachte seine am Freitag begonnenen Beratungen nunmehr mit einer Erörterung der überaus ernsten Lage der Landwirtschaft zum Abschluß. Reichsminister Schiele unterbreitete dem Kabinett Vorschläge, die den innerdeutschen Absatz von landwirtschaftlichen Erzeugnissen unter allen Umständen sicherstellen und einen entsprechenden Mehrverbrauch, insbesondere von Roggen und Kartoffeln, herbeiführen sollen.

Das Reichskabinett stimmte diesen Vorschlägen zu. Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß diese dringenden Maßnahmen beschleunigt in Kraft treten müßten, insbesondere war man sich auch darüber einig, daß die Wiederherstellung der Mentalität die Voraussetzung für alle weiteren Maßnahmen zur Milderung der Notlage im Osten darstellt.

Ferner beschäftigte sich das Kabinett auch mit der Frage der Hausbrandkohle. Die Reichsregierung will dafür Sorge tragen, daß die im Reich des mitteldeutschen und östlichen Braunkohlenindustrials vorgegebene Preisfestsetzung gleichmäßig auch dem Hausbrand zugute kommt, wie dies im Reich der übrigen Kohlenindustriale bereits sichergestellt ist.

Bekanntmachung.

Invalidentarten-Kontrolle!

Die Prüfung der Beitragsleistung für die Invalidenversicherung im Amtsbezirk Gadderbaum wird vom 27. Oktober an beginnen. Die Arbeitgeber und Versicherten erhalten hierdurch Mitteilung, die Zulassungskarten und Aufrechnungsbescheinigungen nebst den Büchern, Listen und Aufzeichnungen über Dienst, Arbeits- und Lehrverhältnisse, Gehalt und Lohn sowie über die Krankenversicherung bereit zu halten, damit die Prüfung ohne Verzug stattfinden kann und Vorladungen oder gar Bestrafungen vermieden werden. Arbeitgeber und Versicherte, die verhindert sind bei der Prüfung persönlich anwesend zu sein, können sich durch eine geeignete, hinreichend unterrichtete Person vertreten lassen.

Die Polizeiverwaltung: Dr. Guttel.

Bethel.

— Frauenhilfe am Mittwoch, den 29. Oktober, nachmittags 1/4 Uhr. L. v. B.

Anzeigen aus Bethel.

— Trockenes Annachholz hat abzugeben Haus Morija. Gebündelt je Bünde 15 Pfg., lose in Säcken etwa 1 Zentner 2.— RM. Lieferung frei ins Haus. — Größere Posten billiger nach Uebereinkunft.

Schriftleitung: B. Kraa, Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. S. Guttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postcheckkonto: Hannover 67377. „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3918, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

„Original“
Schlaraffia-Matrassen
fertigen als Spezialität an
Polsterei Ordelheide, Bielefeld
Kreuzstraße 43 * Gegr. 1888

Liebhaver-Photographen
decken ihren Bedarf in der
Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

KISCHEES
ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT IHRER ANZEIGEN.
ALLE
DRUCKSTÜCKE IM MUSTERGÜLTIGER AUSFÜHRUNG
BORGSTADT-BUSCH
BIELEFELD-TELEFON-NE 4006

Stellengesuche u. Angebote
haben im „Aufwärts“ großen Erfolg

Südamerik. Maté
Paraguaytee
Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd. franko, excl. Nachnahme.
Gustav Giehl & Sohn
Sangerhausen Hindenburgstraße
Unser Tee ist zum gl. Preise auch in Ophir erhältlich.

Erholungsheim Haus Friedensruh
in Laufen/Eyach, O. A. Balling (Wärthg.) Anfragen sind zu richten an die Leitung des Hauses.

Evianis-Edelmargarine
gleichet die Fehler der heutigen Ernährung aus, überbrückt die Kluft zwischen Rohkost und Feinkost, Naturnahrung und Kulturnahrung. Auch Sie sollen sich durch einen Versuch überzeugen.
Zu haben in den Ophir-Geschäften.

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik ERNST DAVID
gegründet 1855
prämiiert mit Ehrendiplom und goldener Medaille liefert als Spezialität die von den
= Posaunen-Chören =
bevorzugten Flögelhörner (System Kuhlo) sowie in bester Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch Pastor Kuhlo in seinen „Posaunenrufen“ — Seite 20—26
— Katalog und Preisliste gratis.